

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 21. Oktober 1981

am Donnerstag, dem 22. Oktober 1981

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bamberg (SPD)	54, 55	Lintner (CDU/CSU)	43, 44
Bindig (SPD)	58, 59	Lorenz (CDU/CSU)	75, 76
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	36, 37	Lutz (SPD)	16, 17
Dr. Bugl (CDU/CSU)	120, 121	Magin (CDU/CSU)	98, 99
Clemens (CDU/CSU)	6, 7	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	5, 107
Daweke (CDU/CSU)	83, 84	Dr. Miltner (CDU/CSU)	90, 114
Egert (SPD)	22, 23	Milz (CDU/CSU)	112, 113
Eigen (CDU/CSU)	101, 108	Niegel (CDU/CSU)	103, 104
Dr. Enders (SPD)	47, 48	Pauli (SPD)	79, 94
Engelsberger (CDU/CSU)	82	Peter (Kassel) (SPD)	34, 35
Feile (SPD)	92, 93	Pfeffermann (CDU/CSU)	56, 57
Dr. Feldmann (FDP)	51, 52	Dr. Pohlmeier (CDU/CSU)	2, 3
Fischer (Hamburg) (CDU/CSU)	49, 50	Rayer (SPD)	20, 21
Fischer (Osthofen) (SPD)	41, 42	Reddemann (CDU/CSU)	117
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	60, 78	Frau Roitzsch (CDU/CSU)	29, 91
Gerstein (CDU/CSU)	118, 119	Dr. Rumpf (FDP)	45, 46
Glombig (SPD)	14, 15	Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)	85
Hansen (SPD)	30, 31	Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU)	105, 106
Dr. Hennig (CDU/CSU)	1	Schreiner (SPD)	28
Herberholz (SPD)	40, 64	Schröder (Hannover) (SPD)	61, 62
Heyenn (SPD)	86, 87	Sielaff (SPD)	67, 68
Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	12, 13	Dr. Spöri (SPD)	95
Dr. Hupka (CDU/CSU)	63, 77	Spranger (CDU/CSU)	88, 89
Jaunich (SPD)	26, 27	Dr. Steger (SPD)	80
Dr. Jens (SPD)	102	Stutzer (CDU/CSU)	96, 97
Kirschner (SPD)	4, 111	Thüsing (SPD)	65, 66
Kretkowski (SPD)	53	Urbaniak (SPD)	24, 25
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	38, 39	Dr. Voss (CDU/CSU)	32, 33
Dr. Kübler (SPD)	109, 110	Weirich (CDU/CSU)	71, 72
Dr. Lammert (CDU/CSU)	100	Dr. Wieczorek (SPD)	8, 9
Dr. Laufs (CDU/CSU)	81, 122	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	69, 70
Lenzer (CDU/CSU)	115, 116	Baron von Wrangel (CDU/CSU)	73, 74
Frau Dr. Lepsius (SPD)	10, 11	Zeitler (SPD)	18, 19

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	16

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Kann es die Bundesregierung ausschließen, daß viele Mitbürger in den vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen und vielen Tageszeitungen als Beilage beigefügten „Informationen der Bundesregierung“ über den Bundeshaushalt 1982 eine Geldverschwendung und eine Abwertung des Parlaments in seinen beiden Kammern sehen werden, wo doch feststeht, daß dieser Entwurf völlig unverändert nie in Kraft treten wird, und wieviel Geld hat die Bundesregierung dennoch für diesen Zweck auszugeben für richtig gehalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

2. Abgeordneter
Dr. Pohlmeier
(CDU/CSU) Ist die Entwicklungshilfe der Europäischen Gemeinschaft nach Auffassung der Bundesregierung wirtschaftlicher und politisch wirkungsvoller als entsprechende nationale Maßnahmen, und hat die Bundesregierung Anhaltspunkte für die Annahme, daß die nationalen Maßnahmen oft von machtpolitischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen sowie Prestigedenken geprägt sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
3. Abgeordneter
Dr. Pohlmeier
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung zur Forderung, die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen von den Mitgliedstaaten weg auf die EG zu übertragen und der EG längerfristig die entscheidende Kompetenz für die Entwicklungspolitik abzutreten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

4. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß laut Mitteilung des Verbands der Rentenversicherungsträger (VDR) in der Arbeiterrentenversicherung im Vertrauensärztlichen Dienst (VÄD) nur 77,4 v. H. der Planstellen und im ärztlichen Gutachterdienst der Rentenversicherungsträger sogar nur 69,1 v. H. der Planstellen besetzt sind, daß rund zwei Drittel dieser Ärzte älter als 55 Jahre sind und deshalb in wenigen Jahren ausscheiden werden, und wie ist die Situation bei den entsprechenden Sozialversicherungsträgern der bundesunmittelbaren Körperschaften (beispielsweise BfA, BA)?
5. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Sind die Hersteller von Haartrocknern und anderen Elektrogeräten inzwischen verpflichtet, Warnhinweise auf den Geräten anzubringen, die auf die tödlichen Gefahren bei der Benutzung in Badewannen oder über mit Wasser gefüllten Waschbecken hinweisen, und hat die Bundesregierung Informationen, ob sich alle Anbieter an diese Vorschriften halten und die Verbraucher so ausreichend vor der falschen Benutzung von Haartrocknern gewarnt werden?

6. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß trotz der Kürzung der Leistungen im Arbeitstrainingsbereich der Behindertenwerkstätten auf die Dauer eines Jahrs (Artikel 1 Nr. 16 des Gesetzentwurfs der SPD- und FDP-Koalition zum Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz, Drucksache 9/799) noch eine sinnvolle berufsfördernde Ausbildung der Behinderten durchgeführt werden kann?
7. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Welche konkreten Voraussetzungen knüpft die Bundesregierung an die Verlängerungsmöglichkeit im Arbeitstrainingsbereich von einem weiteren Jahr, außer der Erwartung, daß der Behinderte nach Abschluß der berufsfördernden Maßnahmen für eine Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zur Verfügung steht?
8. Abgeordneter
Dr. Wiczorek
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Höhe der Ausgleichsabgabe, die seit dem 1. Mai 1974 unverändert 100 DM pro unbesetztem Pflichtplatz beträgt, unzureichend ist, um die Kostenvorteile auszugleichen, die sich aus der Nichtbeschäftigung von Schwerbehinderten ergeben, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
9. Abgeordneter
Dr. Wiczorek
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Arbeitslosigkeit unter den Schwerbehinderten einzudämmen, die trotz der initiierten Sonderprogramme von Bund und Ländern ständig steigt?
10. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Wann ist mit der Vorlage des Gesetzentwurfs zur Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung zu rechnen?
11. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Sind die finanziellen Auswirkungen der Reform 1984 berechnet, und wann werden sie dem Deutschen Bundestag zugeleitet?
12. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob ihr Erkenntnisse über mögliche Auswirkungen der geplanten Abschaffung der Versicherungsfreigrenze von 390 DM auf die Arbeit der Einrichtungen der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland vorliegen?
13. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Abschaffung der Versicherungsfreigrenze viele nebenberufliche Lehrkräfte an den Einrichtungen der Erwachsenenbildung — z. B. Volkshochschulen — betrifft und sich zum einen auf die Finanzhaushalte der Bildungseinrichtungen, zum anderen auf die Bereitschaft der Lehrkräfte auswirkt, in diesen Einrichtungen tätig zu werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
14. Abgeordneter
Glombig
(SPD) Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung das durchschnittliche Jahreseinkommen der niedergelassenen Kassenärzte aus kassenärztlicher Tätigkeit in der letzten statistisch ausgewerteten Jahresperiode vor Steuern, und welche Einkommensunterschiede bestehen zwischen den verschiedenen ärztlichen Fachgruppen?

15. Abgeordneter
Glombig
(SPD) Wie hat sich das durchschnittliche Jahreseinkommen aus kassenärztlicher Tätigkeit in den letzten fünf Jahren im Vergleich zur durchschnittlichen Grundlohnsumme in der gesetzlichen Krankenversicherung entwickelt?
16. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Wie hoch ist das durchschnittliche Jahreseinkommen der niedergelassenen Zahnärzte aus kassenärztlicher Tätigkeit (ohne praxiseigene zahntechnische Labors) in der letzten statistisch ausgewerteten Jahresperiode vor Steuern, und in welcher Bandbreite liegen die Einkommen der Zahnarztpraxen um diesen Mittelwert verteilt?
17. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Wie hoch ist der Anteil der Kassenzahnärzte, die ein praxiseigenes zahntechnisches Labor betreiben, und welches durchschnittliche Jahreseinkommen vor Steuern wird aus diesem Einkommen zusätzlich zum Einkommen aus kassenzahnärztlicher Tätigkeit erzielt?
18. Abgeordneter
Zeitler
(SPD) Welche Höhe erreichte im letzten statistisch ausgewerteten Jahr der durchschnittliche Reinertrag vor Steuern bei gewerblichen zahntechnischen Labors?
19. Abgeordneter
Zeitler
(SPD) In welchem prozentualen Bezug steht bei vergleichbaren Leistungen das Preisniveau für zahntechnische Leistungen zu den EG-Staaten Italien, Frankreich und Großbritannien, und kann die Bundesregierung die Bezugswerte zur Schweiz, zu Österreich, USA und Kanada angeben?
20. Abgeordneter
Rayer
(SPD) In welchem Umfang sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneimittel aus Apotheken in den letzten zehn Jahren gestiegen, und wie verteilt sich diese Steigerung auf Preis- und Mengenkompente?
21. Abgeordneter
Rayer
(SPD) Wie hat sich der durchschnittliche Reinertrag vor Steuern in den letzten zehn Jahren aus einem Orthopädiemechanikerbetrieb und aus einem Orthopädischschuhmacherbetrieb entwickelt?
22. Abgeordneter
Egert
(SPD) Bei wieviel Einzelarzneimitteln, die im Rahmen der kassen(zahn)-ärztlichen Versorgung verordnet werden können, sind im letzten statistisch erfaßten Jahr die Preise durch die Unternehmen angehoben worden, und welchen Anteil haben diese Arzneimittel am Gesamtumsatz der pharmazeutischen Industrie?
23. Abgeordneter
Egert
(SPD) Wie hoch waren 1980 die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneimittel in der ambulanten kassen(zahn)-ärztlichen Versorgung, und wie hoch waren die Krankenkassenausgaben für Arzneimittel, die über den Krankenhauspflegegesetz für die stationäre Versorgung erbracht werden mußten?
24. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Wie hoch war im letzten statistisch ausgewerteten Jahr der durchschnittliche Reinertrag vor Steuern aus einem Apothekenbetrieb, und welche Abweichungen von diesem Durchschnittsertrag nach oben oder unten sind hierzu in welcher Häufigkeit festgestellt worden?

25. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Wie hoch hat sich in den letzten zehn Jahren der durchschnittliche Apothekenumsatz entwickelt, und welchen Anteil am Gesamtumsatz hat der Umsatz mit Arzneimitteln aus kassenärztlicher Verordnung?
26. Abgeordneter
Jaunich
(CDU/CSU) Wie hoch war der durchschnittliche Reinertrag vor Steuern im letzten statistisch erfaßten Jahr bei Praxen von medizinischen Bademeistern, bei Masseuren und bei Krankengymnasten?
27. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß diese Praxen zunehmend nebenbetrieblich geführt werden, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung bei der Beurteilung der Ertragslage daraus?
28. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Welche Schlußfolgerung im Hinblick auf die Förderung der „Humanisierung der Arbeitswelt“ zieht die Bundesregierung aus der Erkenntnis der Enzyklika, Laborem Exercens, die in „eintöniger, nur in Teilvorgängen bestehender, abstumpfender Arbeit industrieller Großbetriebe, wo die Maschine immer mehr den Menschen beherrscht“ eine „Erniedrigung des Menschen als des Subjekts der Arbeit“ sieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

29. Abgeordnete
Frau Roitzsch
(CDU/CSU) Hat die NATO nach den Erkenntnissen der Bundesregierung einen rüstungstechnischen Vorsprung vor der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt?
30. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Mit welcher Begründung ist die Gewährung von Ausbildungshilfe durch die Bundeswehr an Militärs aus Ländern, in denen gefoltert wird, als von den Interessen der Bundesrepublik Deutschland geleitete Kontakte zu ausländischen Staaten (Plenarprotokoll vom 30. September 1981, Seite 3088) zu verstehen, und gilt das insbesondere auch für die im Jahr 1981 erneut gewährte Ausbildungshilfe an Paraguay?
31. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Wird die Bundesregierung die detaillierten Berichte über Folterungen mit Beihilfe des militärischen Staatssicherheitsdienstes in Südkorea (Frankfurter Rundschau vom 13. Oktober 1981, Seite 2) zum Anlaß nehmen, die Ausbildungshilfe der Bundeswehr für Mitglieder der südkoreanischen Armee abubrechen und die betroffenen Offiziere nach Hause schicken?
32. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß im Zusammenhang mit dem Bundeswehrmanöver „colt fire“ und der dazu eingeladenen Redakteure kommunistischer und links-extremistischer Zeitungen hohe Offiziere der Luftwaffe versucht haben, die Einladung rückgängig zu machen, was allerdings mißlang?
33. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß der Fliegerhorst Memmingerberg ursprünglich für das Besuchsprogramm der Redakteure vorgesehen war, dann aber aus Sicherheitsüberlegungen gestrichen wurde?

34. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) Welchen Beitrag leisten die Bundeswehrkrankenhäuser zur Krankenversorgung in der Bundesrepublik Deutschland?
35. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) In welcher Form werden die Bundeswehrkrankenhäuser in die Kostendämpfung im Gesundheitswesen einbezogen?
36. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß eine deutsche Übersetzung der kürzlich von der US-Regierung herausgegebenen Schrift „Soviet Military Power“ im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit hergestellt und verteilt wird, oder ist eine entsprechende Initiative zur Aufklärung über die sowjetische Rüstung bereits erfolgt?
37. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) In welcher Form informiert die Bundesregierung über den neuesten Stand der sowjetischen Rüstung (einschließlich derjenigen des übrigen Ostblockbereichs), und welche Informationsmittel stehen zur Verfügung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

38. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Zahl der Abtreibungen im Jahr 1980 und im ersten Halbjahr 1981, hierbei insbesondere die Zahl der Abtreibungen, die als „soziale Indikation“ begründet werden?
39. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Kosten bei den einzelnen Indikationen durch die Abtreibungen den gesetzlichen Krankenkassen entstehen, und wie hoch sind die Zuschüsse des Bundes für flankierende Maßnahmen, insbesondere für Beratungsstellen und Modellvorhaben?
40. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Hat die Bundesregierung sichergestellt, daß das vergällte Olivenöl, das in Spanien bei mehr als 15 000 Menschen zu erheblichen Gesundheitsschäden und zu 159 Todesfällen geführt hat, nicht in den Lebensmittelhandel der Bundesrepublik Deutschland gelangen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

41. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, die Ballungsräume Rhein/Main und Rhein/Neckar durch ein S-Bahn-Netz miteinander zu verbinden, und ist sie bereit, und wenn ja in welcher Form, auch die rheinhessischen Ober- und Mittelzentren Mainz, Worms, Alzey und Bingen gegebenenfalls schrittweise an dieses Netz anzuschließen?
42. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) Wie sehen die Vorstellungen der Bundesregierung hinsichtlich des Zeitrahmens der Ausbaumaßnahmen aus?

43. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die beiden Behelfsbrücken auf der Strecke Schweinfurt — Bad Neustadt a. d. Saale vor Münnerstadt nur noch bis zum Jahr 1985 befahren werden können, und wann gedenkt die Deutsche Bundesbahn, die seit 1945 vorhandenen Behelfsbrücken zu erneuern?
44. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, den Bahnhof Bad Königshofen dann aufzugeben, wenn der gegenwärtig dort diensttuende Beamte in den Ruhestand tritt, und sind weitere Schließungen im Bereich des Regierungsbezirks Unterfranken beabsichtigt?
45. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, den Transport giftiger oder hochexplosiver Stoffe von der Straße auf die Bahn zu verlagern?
46. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP)
- Kann die Gefährdung bei der Verlagerung der Transporte gefährlicher Güter von der Straße auf die Schiene in Spezialcontainern erheblich vermindert werden?
47. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- In welchem Maß werden bei den laufenden und anstehenden Arbeiten für den Bau der Nord-Süd-Schnellbahntrasse der Deutschen Bundesbahn heimische Firmen berücksichtigt, und wie weit wird auf ausländische Unternehmen und Arbeitskräfte zurückgegriffen?
48. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in der Vergabe von Arbeiten für den Bau der Neubahnstrecke der Deutschen Bundesbahn eine Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Gebieten zu reduzieren?
49. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Seit wann wußte der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Ruhnau, als Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Lufthansa von der sogenannten Lufthansa-Affäre, von welcher der Bundesverkehrsminister jetzt eine restlose Aufklärung seitens des Vorstands der Deutschen Lufthansa verlangt?
50. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Ist aus entsprechenden, in der Presse wiedergegebenen Äußerungen des Bundesverkehrsministers zu entnehmen, daß der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Ruhnau, nicht für eine Position im Vorstand der Deutschen Lufthansa vorgesehen ist?
51. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das möglicherweise widersprüchliche Geschäftsgebaren der Deutschen Lufthansa, die sich einerseits in einer PR-Anzeige ausdrücklich gegen den Verkauf von Weichwährungs-, Schwarz- und Graumarkttickets verwahrt und dies sogenannten dunklen Vertriebskanälen zuschreibt, andererseits sich jedoch Pressemeldungen zufolge selbst solch illegaler Praktiken bedient haben soll?

52. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die energie- und umweltpolitischen Vorzüge von Flüssiggas als alternativem Betriebsstoff für Straßenfahrzeuge, und gedenkt die Bundesregierung, konkrete Förderungsmaßnahmen — gegebenenfalls welche — hinsichtlich eines bundesweit nachfragedeckenden Angebots dieses Energieträgers zu ergreifen?
53. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Werden nach Ansicht der Bundesregierung bei Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals die Billigflotten der Ostblockländer Gelegenheit bekommen, auf den westdeutschen Markt vorzudringen, und hält es die Bundesregierung in Anbetracht der Größenordnung der Billigflotten der Ostblockländer (etwa ein Drittel der Rheinflotte) mit ihrer jährlichen Wachstumsrate von 9 bis 10 v. H. nicht für geboten, rechtzeitig Schutzverträge für die Rheinflotte einzuführen?
54. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Hält die Bundesregierung die Förderung des Baus des Betriebshofs Niederseßmar der Regionalverkehrsgesellschaft Köln aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für notwendig, obwohl die bestehende Kraftwagenbehandlungsanlage der Deutschen Bundesbahn in Dieringhausen, die zur Zeit von der Regionalverkehrsgesellschaft Köln mit einem Teil ihrer Fahrzeuge genutzt wird, über alle notwendigen technischen Ausstattungen zur Wartung, Unterhaltung und Prüfung der Omnibusse verfügt?
55. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Für wie dringlich hält die Bundesregierung den Bau des Betriebshofs in Niederseßmar, durch den offensichtlich Doppelkapazitäten geschaffen werden, angesichts der zahlreichen von den Bundesländern eingereichten Anträge bei der Fortschreibung des Programms des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, die im Zeitraum 1981 bis 1985 den vorhandenen Finanzrahmen jährlich um rund 300 Millionen DM übersteigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

56. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Ist davon auszugehen, daß bei der Deutschen Bundespost die Dienstposten derjenigen Beamten, die im Weg des Verwendungsaufstiegs als Hilfsreferenten — jetzt Referenten — in den höheren Dienst übernommen worden sind, auch nach deren Ausscheiden aus dem Dienst wieder mit Beamten aus dem gehobenen Dienst besetzt werden, und wie ist das sichergestellt?
57. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Wieviel eingeschriebene Briefe, eingeschriebene Päckchen, gewöhnliche Pakete sowie Sendungen mit Wertangabe sind im Jahr 1980 insgesamt verlorengegangen, und welcher Ersatz mußte hierfür durch die Deutsche Bundespost geleistet werden?
58. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Wieviel Notrufmelder der Deutschen Bundespost an Bundes- und Landstraßen sind als Probemelders von der Deutschen Bundespost, und wieviel sind auf Bestellung und Bezahlung der Notdienstträger bisher aufgestellt worden?

59. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Wieviel Bestellungen für posteigene Notrufmelder liegen der Deutschen Bundespost bereits jetzt vor, und kann die Bundesregierung angeben, bis wann sie mit einer vollständigen Ausstattung aller Bundesstraßen mit einem ausreichenden Meldernetz rechnet?
60. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Hält es die Deutsche Bundespost für gerechtfertigt, Aushilfskräfte, die oft keine Vorkenntnisse haben, besser zu entlohnen als Stammkräfte mit qualifizierter Ausbildung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

61. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Welche einzelnen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die beginnenden Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung der UdSSR zur Begrenzung der Rüstung mit Mittelstreckenraketen hat die Bundesregierung?
62. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Mit welchen konkreten von deutschen und europäischen Interessen bestimmten Verhandlungszielen nimmt die Bundesregierung diese Möglichkeiten wahr?
63. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, von welchen Ländern während der Vollversammlung der Vereinten Nationen in diesem Jahr die offene deutsche Frage und die Situation von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze angesprochen oder behandelt worden sind?
64. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die in der amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland verteilten Broschüre „Welcome to Deutschland“, herausgegeben vom USAREUR und der 7. US Army, auf der ersten Seite enthaltene Äußerung, die US-Soldaten seien nur aus einem Grund in der Bundesrepublik Deutschland, um die Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen, im Hinblick auf den NATO-Verteidigungsauftrag?
65. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, der UN-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) mit einer Sofortspende zu helfen und damit zu verhindern — wie der Leiter der Organisation, Olof Rydbeck, jetzt vor den Vereinten Nationen dargelegt hat —, daß das Bildungsprogramm in den palästinensischen Flüchtlingslagern unter den 340 000 Kindern eingeschränkt oder sogar eingestellt werden muß?
66. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, sich in den Vereinten Nationen dafür einzusetzen, daß die Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge, die 1949 von der UN-Generalversammlung gegründet worden ist, in das feste Budget der Vereinten Nationen einbezogen wird, damit die Organisation nicht länger von Einzelspenden abhängig ist und ihre Arbeit langfristiger planen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

67. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Inwiefern berücksichtigt die Bundesregierung im Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes, daß mit der Nutzbarmachung von Energie aus Altreifen die Umweltbelastung durch die lange Verrottungszeit in Deponien gemindert und gleichzeitig durch eine systematisierte Altreifenverbrennung eine 10 bis 20prozentige Ersparnis von Primärenergie in bestimmten Industrieanlagen erreicht wird?
68. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, daß Sammelstellen in Kreisen und Städten für Altreifen eingerichtet werden, damit die Verrottung von Altreifen in Deponien generell untersagt werden kann?
69. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, welche besonderen Erkenntnisse auf dem Gebiet der dem Bund vorbehaltenen, auswärtigen Politik bei der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen über angebliche oder zu erwartende Verfolgung von EG-Ausländern aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft (siehe Nummer 3 des RdErl. des Innenministers vom 18. November 1980 im Ministerialblatt NW, Seite 2863) vorliegen, und welche Konsequenz gedenkt die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen zu ziehen?
70. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung eigene Erkenntnisse darüber vor, daß es in zahlreichen deutschen Städten und Gemeinden durch die quotenmäßige Aufteilung von Asylbewerbern und infolge des Mangels an eigenen Unterbringungsmöglichkeiten dieser Städte und Gemeinden kein Einzelfall mehr ist, wenn für Familien von Asylbewerbern monatlich Unterbringungsleistungen in Hotels etc. bei z. B. 14 köpfigen Familien von bis zu 30000 DM entstehen?
71. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben das Bundesinnenministerium veranlaßt, an das ÖKO-Institut in Freiburg einen Auftrag zu vergeben, und was sind die Kosten?
72. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Wo sind die Berichte über das abgeschlossene Forschungsprojekt einzusehen?
73. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU)
- Strebt die Bundesregierung gegenüber der DDR eine Regelung über den Verlauf der innerdeutschen Grenze im Elbeabschnitt an, und vertritt sie dabei den Standpunkt, daß die Grenze an der Elbe zwischen Schnackenburg und Lauenburg am Nordostufer entlang der Streichlinie der Bühnenköpfe verläuft?
74. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung der Rechtsauffassung des Bundesgerichtshofs (Beschuß des 2. Strafsenats vom 2. Februar 1977), daß die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am Ostufer der Elbe verläuft, folgen?

75. Abgeordneter
Lorenz
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Verlauf der innerdeutschen Grenze auch im Elbeabschnitt allein nach den Bestimmungen des „Londoner Protokolls“ vom 12. September 1944 und den zusätzlichen Vereinbarungen der damaligen Besatzungsmächte sowie unter Berücksichtigung der insoweit rechtserheblichen Praxis der damaligen Besatzungsmächte festgestellt werden darf, und daß spätere Verhaltensweisen deutscher Stellen in diesem Zusammenhang unerheblich sind?
76. Abgeordneter
Lorenz
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung daran fest, daß mit Rücksicht auf die fortbestehenden Rechte und Pflichten der ehemaligen Siegermächte in bezug auf Deutschland als Ganzes auch im Elbeabschnitt keine Grenzfeststellungen erfolgen dürfen, die konstitutiven Charakter hätten?
77. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie viele Polen (nicht deutsche Staatsangehörige aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße) haben in den drei Quartalen dieses Jahrs um eine Aufenthaltserlaubnis auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland nachgesucht, und bei wie vielen ist ein Asylverfahren eingeleitet worden?
78. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Wie viele polnische Staatsangehörige halten sich zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland auf, und wie viele davon haben Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung bzw. Asyl gestellt?
79. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die illegale Einfuhr von Betäubungsmitteln — insbesondere Rauschgiften — in das Bundesgebiet zunimmt, und was gedenkt die Bundesregierung zur Verstärkung der Kontrollfunktion der Grenzdienste zu tun?
80. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Welche Konsequenzen erwartet die Bundesregierung nach der Entscheidung des französischen Parlaments über die künftige Nuklearpolitik für die Entsorgung deutscher Kernkraftwerke?
81. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Für welche Kernkraftwerke, die in den Jahren 1974 bis 1978 mit einer Antragstellung nach § 7 des Atomgesetzes in Planung waren, ist bisher immer noch keine 1. Teilerrichtungs-genehmigung erteilt worden, und welches sind die Gründe dafür?
82. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß der übergelaufene KGB-Major Stanislav Levtschenko ausgesagt habe, die sogenannten Friedensbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland würden von der kommunistischen Partei der Sowjetunion und vom sowjetischen Geheimdienst inszeniert und gesteuert, und verfügt die Bundesregierung über Informationen hinsichtlich einer diesbezüglichen Aktivität von KPdSU und KGB?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

83. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte für die Annahme, daß es in den kommenden Jahren zu einer „Juristenschwemme“ kommt, wie in Presseberichten vorhergesagt wird, und wenn ja, welche?

84. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Statistiken bestätigen, denenzufolge in Kürze sich so viele Juristen in der Ausbildung befinden wie es Volljuristen in der Bundesrepublik Deutschland gibt, nämlich 100 000, und wie beurteilt die Bundesregierung die sozialen Folgen einer massenhaften Arbeitslosigkeit unter Juristen?
85. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Befürwortet die Bundesregierung eine Auflösung der „Zentralen Erfassungsstelle“ der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, und welche Änderungen der 1961 maßgeblichen rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen könnten – bejahendenfalls – Anlaß dafür geben?
86. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Antwort auf meine Anfragen in der Fragestunde (vgl. Stenographischer Bericht über die 55. Sitzung, Seite 3223) bei den Betroffenen Verständnislosigkeit und Besorgnis hervorrufen muß, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
87. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Welche Maßnahmen auf Grund des vor 3 1/2 Jahren erschienenen Berichts über die Maßnahmen der Bundesregierung zur rechtlichen Gleichstellung von ehelichen Kindern und Adoptivkindern sowie von leiblichen Eltern und Adoptiveltern sieht die Bundesregierung noch vor, und wann sollen die jeweiligen Maßnahmen in Kraft treten?
88. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß die Leipziger Schauspielerin Christine Reinhold in der Bundesrepublik Deutschland Schutz gesucht und bereits nach einem Tag wieder zur Rückkehr veranlaßt worden ist?
89. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Wie konnte es geschehen, daß eine „Betreuerin“ die Adresse von Christine Reinhold so kurzfristig feststellen konnte und bei ihr auftauchte?
90. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Anhaltspunkte über den jetzigen Aufenthaltsort von Christine Reinhold vor, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

91. Abgeordnete
Frau Roitzsch
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung zur Beseitigung der öffentlichen Finanzmisere eine Besteuerung der jährlichen Wertsteigerungen bei Haus- und Grundbesitz für erforderlich, wie vom Präsidenten des deutschen Mieterbundes gefordert?
92. Abgeordneter
Feile
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die immer wieder aus dem Bundesland Bayern vorgetragene Kritik daran, daß die Sportvereine kein Recht der eigenen Spendenbestätigung haben, und liegen der Bundesregierung ähnliche Einwände aus anderen Bundesländern vor?

93. Abgeordneter
Feile
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag für Sach- und Leistungsspenden von 150 DM pro Jahr und Spender, eine im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung entsprechend textlich ausgestaltete Leistungsbestätigung des Vereins einzuführen und insoweit das bisher vereinfachte Verfahren für Spenden bis 100 DM zu ergänzen?
94. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie hoch sind die Ausfälle an Steuern und Abgaben, bzw. wie hoch ist der Betrag zu Unrecht gewährter Erstattungen, die durch die derzeitige personelle Unterbesetzung der Zollverwaltung entstehen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dem Gebot der Steuergerechtigkeit Rechnung zu tragen?
95. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) In welchem Umfang wurde bisher die steuerliche Vergünstigung beim privaten Schutzraumbau im Rahmen der Förderung des Zivilschutzes in Anspruch genommen, und wie verteilt sich die Inanspruchnahme dieser Steuervergünstigung über die einzelnen Einkommensgruppen?
96. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Will die Bundesregierung die sogenannten Butterfahrten in einem nationalen Alleingang verbieten – wenn ja, welche Übergangsfrist sieht sie dann vor –, oder strebt sie eine vorhergehende europäische Harmonisierung des gesamten Zollfreibereichs in Flughäfen, auf Tagesausflugsschiffen und im Fährverkehr an?
97. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, nach denen der Bundesfinanzminister keine Bedenken hat, die Frist für Butterfahrten zunächst bis zum 30. September 1982 zu verlängern, weil auch das Hauptargument entfallen sei, wonach der Wegfall der Butterfahrten Ersparnisse bringen wird, und wann entscheidet das Bundeskabinett?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

98. Abgeordneter
Magin
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung davon überzeugt, daß durch den Einbau von Heizkostenverteiltern eine gerechte Heizkostenverteilung und die damit auch zusammenhängende Zielsetzung des Energieeinsparungsgesetzes erreicht werden, insbesondere bei kurzen Meßzeiträumen bzw. geringem Verbrauch?
99. Abgeordneter
Magin
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Informationen darüber, daß die Forderung der Ziffer 4 der DIN 4713 über verbrauchsabhängige Wärmekostenabrechnung, nämlich, daß das Heizkostenverteilergehäuse am Heizkörper dauerhaft und manipulationssicher befestigt sein muß, von allen am Markt befindlichen Geräten erfüllt wird?
100. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung an ihrer Auffassung vom 13. Mai dieses Jahrs fest, daß sie von der Gründung einer Ruhrstahl-AG „nichts halte, da diese die Lösung der Stahlprobleme nicht erleichtern würde“, und stimmt das Bundesfinanzministerium mit Hinblick auf die gegenwärtig erwogene Kooperation zwischen den Stahlunternehmen Krupp und Hoesch und gegebenenfalls dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern mit dieser Auffassung überein?

- | | |
|---|---|
| 101. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Wie wirken sich nach Meinung der Bundesregierung die Preisveränderungen durch das Kartellamt der Europäischen Gemeinschaft für Stahl auf die Ackerschlepper- und Landmaschinenpreise aus? |
| 102. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) | Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, die Verbraucherzentralen im bisherigen Umfang weiter zu fördern und nicht notleidend werden zu lassen, und ist sie daher bereit, ab 1982 etwaige Schadensregulierungen in Bereichen, für die bisher Versicherungen anerkannt wurden, einschließlich möglicher Regreßansprüche aus der Rechtsberatung künftig außerplanmäßig zu übernehmen? |
| 103. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutsche Schuhindustrie trotz Flexibilität, hohem technischen Know-how und Anpassungsfähigkeit bei einer derzeitigen Importquote von 74 v. H. nicht mehr in der Lage ist, den internationalen Wettbewerbsverzerrungen Stand zu halten und langfristig die Arbeitsplätze zu sichern, und welche Folgerungen zieht sie aus den Dumping- bzw. dumpingähnlichen Importen? |
| 104. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) | Besteht für den deutschen Verbraucher langfristig die Gefahr, daß bei Anhalten der derzeitigen wirtschaftlichen Lage der deutschen Schuhindustrie und bei zunehmenden Dumpingimporten die deutsche Schuhindustrie ausfällt und damit absolute Abhängigkeit vom Ausland und notfalls Preisdiktate möglich sind, und ist die Bundesregierung bereit, von sich aus ein offizielles Preisprüfungsverfahren mit den entsprechenden Konsequenzen einzuleiten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|--|--|
| 105. Abgeordneter
Freiherr
von Schorlemer
(CDU/CSU) | Will der Bundesernährungsminister in der Verordnung zum Schutz der Kälber und Schweine bei der Stallhaltung den naturgegebenen Vorgängen von Dunkelheit bzw. Helligkeit und ebenso den unterschiedlichen Temperaturen Rechnung tragen? |
| 106. Abgeordneter
Freiherr
von Schorlemer
(CDU/CSU) | Wieweit will der Bundesernährungsminister mit staatlichen Regelungen noch gehen? |
| 107. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den illegalen Handel mit nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen oder nationalen Vorschriften geschützten Tieren oder daraus gewonnenen Produkten in der Bundesrepublik Deutschland zu unterbinden, und sind nach ihrer Meinung die Verbraucher ausreichend informiert, um ihre Mitverantwortung an diesem verbotenen und die Natur zerstörenden Handeln zu erkennen und ihr Konsumverhalten entsprechend zu ändern? |
| 108. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Wie wirkt sich nach Meinung der Bundesregierung die Aufwertung von 5,5 v. H. der Deutschen Mark und des holländischen Guldens und die Abwertung von 3 v. H. bei Lira und französischem Franken auf die Wettbewerbssituation der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft aus? |

109. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Auf welche Ursachen führt die Bundesregierung die immer häufiger auftretenden Erscheinungen, daß in deutschen Wäldern Tannen, Fichten und Kiefern die Nadeln abwerfen, zurück, und konnte bislang schon ein einigermaßen genauer Überblick über die geographische Verteilung der Schäden in der Bundesrepublik Deutschland und die Höhe des eingetretenen Schadens gewonnen werden?
110. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, dieses Problem in ihrem Verantwortungsbereich zu bekämpfen?
111. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wieviel Obst und Gemüse wurde jeweils in den letzten fünf Jahren in der EG „interveniert“, und wieviel mußte dafür in den einzelnen Wirtschaftsjahren an Steuermitteln aufgebracht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

112. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die undichten Stellen bekannt, die durch Indiskretionen die vorzeitige Bekanntgabe der Freilassung von Guillaume in der Öffentlichkeit herbeigeführt haben, und hat dies zu Nachteilen in der Weise geführt, daß den Wünschen der Bundesrepublik Deutschland und anderer Staaten im Rahmen der Austauschaktion von der DDR nicht voll Rechnung getragen worden ist?
113. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Konsequenzen aus diesen Indiskretionen zu ziehen und gegen die Verantwortlichen ohne Ansehen der Person vorzugehen?
114. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Wie kann sichergestellt werden, daß nicht jeweils in unmittelbarem Anschluß an eine Flucht die Flüchtlinge, die sich in einer schwierigen psychischen persönlichen Lage befinden, durch Vorsprachen und Pressionen aus der DDR unter Druck gesetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

115. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Gibt es rechtliche Hemmnisse oder Verpflichtungen gegenüber Dritten (z. B. der Firma Uranit GmbH, Jülich), die die Bundesregierung daran hindern könnten, die nationale Uranreserve zu veräußern?
116. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die Vermutung bestätigen, daß von den bisher anfallenden Gesamtkosten für das Tiefbohrprogramm zur Erkundung des Salzstocks in Gorleben rd. 15 Millionen DM, d. h. fast 50 v. H. für Polizeischutz und Sicherungsmaßnahmen ausgegeben werden mußten?

117. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Was veranlaßte die Bundesregierung, der Fernuniversität Hagen die Mittel für den Forschungsauftrag „Humanisierung des Arbeitslebens“ zu entziehen?
118. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung weiterhin unverändert an ihrer Absicht fest, daß der THTR 300 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden soll, und ist sie bereit, alle in ihrem Einfluß möglichen Maßnahmen zu ergreifen?
119. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Was tut die Bundesregierung, um die offene Finanzierungslücke zu schließen, die andernfalls zu einem drohenden Baustopp führt, dazu gehört insbesondere die Beschleunigung der anstehenden Verhandlungen über Bundesbürgschaften und die Bereitstellung von Bundesmitteln im Rahmen der für den THTR 300 vorgesehenen Haushaltsmittel?
120. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) In welchem Maß kann die Landesregierung Nordrhein-Westfalen — die das Projekt bekanntlich mitfinanziert — bei der Überbrückung dieser Finanzierungslücke mit herangezogen werden?
121. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den THTR 300 fertigzustellen, ohne daß ein abgeschlossenes, voll durchfinanziertes Folgeprojekt vorliegt?
122. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wann kann mit dem Abschluß des für die Zusage neuer Bundesbürgschaften zur Finanzierung des THTR 300 notwendigen Risikobeteiligungsvertrags gerechnet werden?

Bonn, den 16. Oktober 1981

